19. Befindet sich in Württemberg ein Waldeigentümer oder ein von ihm bestellter Privatforstaufseher in rechtmäßiger Ausübung seiner Befugnisse, wenn er bei Betretung einer Person auf einem Forstdiebstahle in dem Privatwalde die zur Begehung des Forstdiebstahles gebrauchten oder bestimmten Werkzeuge, welche der Thäter bei sich führt, in Beschlag nimmt?

St.G.B. §. 117.

Württembergisches Forststrafgesetz vom 2. September 1879 Art. 14.

Vgl. Bd. 11 S. 321.

I. Straffenat. Ur. v. 23. Januar 1888 g. S. Rep. 2435/84.

I. Landgericht Heilbronn.

Gründe:

Das durch die Revision der Staatsanwaltschaft angefochtene freisprechende Urteil stellt folgenden Sachverhalt fest:

Der Angeklagte wurde in einem Walde des Freiherrn v. G. von dem Waldschützen Sch., welcher von dem genannten Freiherrn für seinen Waldbesitz als Waldschütz angestellt und als solcher gemäß Art. 29 des württembergischen Forststrafgesetzes vom 2. September 1879 von dem Amtsgerichte beedigt worden ist, betreten, als er sich eben mit einer Tracht entwendeter, auf ein sog. Keff (eine Art von Tragkorb) geladener Streu entfernen wollte. Sch. forderte den ihm persönlich bekannten Angeklagten zunächst auf, die Streu im Walde zu lassen und legte, nachdem der Angeklagte nach anfänglichem Sträuben das Keff mit der Streu abgelegt hatte, ohne es übrigens los zu lassen, seine Hand auf dasselbe und erklärte ihm, Streu und Keff gehöre jetzt ihm, der Angeklagte könne nach Hause gehen. Nunmehr versuchte der Angeklagte, dem Waldschützen das Keff zu entreißen, und versetzte dem Sch., welcher das Keff festhielt, mit der Faust einen Stoß auf die Brust, daß dieser rücklings zu Boden fiel und das Keff loslassen mußte. Ehe sich Sch. wieder erheben konnte, nahm der Angeklagte das Keff an sich und verließ mit demselben, nachdem er zuvor die Streu auf den Boden geworfen hatte, den Wald.

Auf Grund dieser Feststellungen, wonach der Angeklagte einen von einem Waldeigentümer bestellten Aufseher thätlich und zwar mit Gewalt an der Person angegriffen hat, hätte das Instanzgericht die Verurteilung des Angeklagten wegen eines Vergehens gegen §. 117 St.G.B.'s ausgesprochen, wenn Sch. zur Wegnahme des Keffes befugt gewesen wäre, also in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes oder Rechtes gehandelt hätte. Diese letztere Frage aber verneinen die Urteilsgründe, indem sie ausführen, daß nach §§. 94 flg. St.P.D. eine Beschlagnahme, als welche sich die von Sch. mit den oben angeführten Worten bewerkstelligte Ergreifung des Keffes darstelle, nur dem Richter und der Staatsanwaltschaft nebst dessen Hilfsbeamten zustehet, Sch. aber als ein von einem Privatwaldeigentümer bestellter Aufseher nicht als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft angesehen werden könne, daß die Befugnis des Sch. zur Beschlagnahme auch nicht aus §. 127 Abs. 1 St.P.D., noch auch aus dem Umstande, daß er als mit dem Forstschutze betraute Person gemäß Art. 29 des Forststrafgesetzes beedigt worden, abgeleitet werden

könne, daß endlich auch der Art. 14 des Forſtſtrafgeſetzes, welcher in Abſ. 1 beſtimmt, daß die zur Begehung eines Forſtdiebstahles gebrauchten oder beſtimmten Werkzeuge eingezogen werden können, ohne Unterſchied, ob dieſe Gegenstände dem Thäter oder Teilnehmer gehören oder nicht, zur Konſtruierung eines dem Sch. zuſtehenden Rechtes auf Beſchlagnahme des Reſſes nicht zu verwerten ſei.

Gegen dieſe letzte Rechtsaufſtellung macht die Reviſion geltend, daß auch die beeidigten Privatforſtbediensteten auf Grund des Art. 14 Abſ. 1 des Forſtſtrafgeſetzes zur Beſchlagnahme der zur Begehung eines Forſtdiebstahles gebrauchten oder beſtimmten Werkzeuge berechtigt ſeien.

Dieſer Rechtsanſicht der Staatsanwaltschaft iſt entgegen den Ausführungen des Inſtanzgerichtes beizupflichten; denn, wengleich das württembergiſche Forſtſtrafgeſetz Art. 14 im Gegenſatze zu dem preußiſchen vom 15. April 1878, nach deſſen §. 15 die zum Forſtdiebstahle gebrauchten oder beſtimmten Werkzeuge eingezogen werden müſſen, nur beſtimmt, daß dieſe Gegenstände eingezogen werden können, ſo trifft doch alles dasjenige, was in dem Urteile des Reichsgerichtes vom 20. November 1884,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 11 S. 321,

in der Richtung, daß die vom Geſetze angeordnete Einziehung und Beſchlagnahme in vielen Fällen von vornherein illuſoriſch würde, wenn der Walbeigntümer und die von ihm beſtellten Forſtauſſeher nicht auch zur Beſchlagnahme dieſer Gegenstände bei dem von ihnen auf der That betretenen Forſtrevler berechtigt wären, ausgeführt worden iſt, in gleicher Weiſe auch für die vom württembergiſchen Geſetze allerdings nur fakultativ zugelassene Einziehung zu, welche in ihrer Endwirkung ebenſo in die Luft geſtellt wäre, wenn nicht der Privatwalbeigntümer und die von ihm beſtellten Schutzperſonen die Befugnis hätten, zur Sicherung der vom Richter nach Befund der Umstände und ſeinem Ermessen zu erkennenden Einziehung jener Gegenstände dieſelben bei Betreten des Thäters ſofort in Beſchlag zu nehmen. Es iſt denn auch dieſe aus der Anordnung des Art. 14 des Forſtſtrafgeſetzes ſich von ſelbſt ergebende Befugnis des Walbeigntümers und ſeiner beſtellten Schutzperſonen bei der Beratung des Geſetzes in der Kammer der Abgeordneten von den Vertretern der Staatsregierung, den Staatsminiſtern der Juſtiz und der Finanzen,

vgl. Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten von 1877—79 IV. Protokollband S. 2321, 2376,

wie auch unwidersprochen von einem Abgeordneten (vgl. Verhandlungen a. a. O. S. 2374) ausdrücklich anerkannt und deshalb in der Verfügung der Forstdirektion vom 30. September 1879 §. 5 den Forstschußdienern aufgegeben worden, die zur Begehung eines Forstdiebstahles gebrauchten oder bestimmten Werkzeuge dem auf der That Betretenen abzunehmen, bezw. zu verwahren, um dem Gerichte die Einziehung derselben zu ermöglichen, wozu der Privatwaldeigentümer und seine bestellten Aufseher gemäß ihrer aus dem Begriffe ihres Rechtes abzuleitenden Befugnis und bezw. Verpflichtung, alle zur Erreichung des Zweckes des Forstschutzes erforderlichen Handlungen vorzunehmen, gleichfalls als berechtigt anzuerkennen sind. Indem hiernach der Privatwaldschütze Sch. zur Beschlagnahme von zur Begehung eines Forstdiebstahles bestimmten oder gebrauchten Werkzeugen beim Betreten des Thäters auf frischer That für befugt anzusehen ist, so hat er sich, wenn, was näher festzustellen, der beschlagnahmte Gegenstand unter die Kategorie der in §. 14 des Forststrafgesetzes genannten, zur Begehung eines Forstdiebstahles gebrauchten oder bestimmten Werkzeuge gebracht werden kann, in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes und Rechtes befunden, und ein ihm hierbei geleisteter Widerstand unterliegt der Strafbestimmung des §. 117 St.G.B.'s.